

Bahnlärm-Gegner machen mobil

Beiräte senden Forderungskatalog an Senat / Ortstermin an Oldenburger Kurve

Von Karin Mörtel

BREMEN. Quietschende Bremsen, ratternde Räder und dröhnende Brücken – die Geräusche von Güterzügen bereiten schon heute vielen Anwohnern der Gleise schlaflose Nächte. Nach der Fertigstellung des Jade-Weser-Ports sollen jedoch anstatt der bisherigen 60 mehr als doppelt so viele Züge durch Bremen fahren. Nun ruft ein breites Bündnis aus Beiräten, Bahnlärm-Initiative und Betroffenen zu Geschlossenheit auf, um einen besseren Schutz der Anwohner zu erreichen.

Frei nach dem Motto „Jetzt oder nie“ haben die beteiligten Akteure ein klares Ziel vor Augen: Bevor die Stadt Bremen für den Ausbau der Gleise ein Grundstück in Hauptbahnhofsnähe an die Deutsche Bahn verkauft, soll der Senat in Verhandlungen für einen erweiterten Lärmschutz treten. „Das Stück Land ist unser bestes Druckmittel“, ist sich Walter Ruffler von der Bahnlärm-Initiative Bremen sicher. Gebe man dies zu leichtfertig aus der Hand, sei es im Nachhinein unwahrscheinlich, dass die Bahn freiwillig Zugeständnisse mache.

Der Hintergrund: Um die vielen Züge flüssiger durch die



Am Ort des Geschehens: Bahnlärm-Gegner wollen sich Klarheit darüber verschaffen, ob der Verlauf der Oldenburger Kurve die Innenstadtentwicklung beeinträchtigt. Foto: Tobias Meyer

Hansestadt zu leiten, soll in der Nähe des Güterbahnhofs ein zusätzliches, 800 Meter langes Gleis – die sogenannte Oldenburger Kurve – entstehen. Bau-rechtlich ist die Bahn jedoch nur dazu verpflichtet, entlang dieses neuen Streckenabschnitts Lärmschutzwände zu errichten. Die alten Schienen fallen unter Bestandsschutz – egal, ob sich der Güterverkehr darauf ver-

doppelt.

Das wollen die Lokalpolitiker nicht akzeptieren: „Wenn Bremen eine Milliarde Euro Steuergeld für den Hafenausbau in Bremerhaven und Wilhelmshaven ausgibt, dann muss der Senat auch seine Bürger entlang der gesamten Strecke vor dem dadurch verursachten höheren Lärmpegel schützen“, sagt Mitte-Ortsamtsleiter Robert

Bücking. Das übliche Zuständigkeiten-Ping-Pong zwischen Stadt, Bahn und Bund wolle man nicht länger akzeptieren: „Die Stadt muss jetzt endlich ihre Verantwortung tragen und nicht länger liegen lassen“, so der Stadtteilbürgermeister.

Gemeinsam mit gleichnamigen Anwohnern aus Findorff, Walle und Mitte erarbeiteten nun die Mitglieder des Beirates Mitte

einen Forderungskatalog an den Senat. Zentraler Punkt: Der Lärm muss an der Quelle bekämpft werden. Leise Bremsen, gedämpfte Schienen und Schwellen sowie weitere technische Hilfsmittel sollen Stück für Stück dafür sorgen, dass die Züge leiser werden als bisher. Auch wenn die Umrüstung teuer ist.

„Der Schaden für unsere Quartiere wäre viel höher“, so ein betroffener Hausbesitzer. Bereits in den vergangenen Jahren habe er festgestellt, dass Besserverdienende wegen des zunehmenden Lärms in ruhigere Wohngebiete abwanderten und sozial schwache Mieter übrigblieben. „Auf Dauer zerstört man hier ein Sozialgefüge mit immensen Folgekosten“, so seine Prognose.

Zusätzlich zu den Forderungen des Beirates Mitte soll eine Regionalkonferenz aller betroffenen Stadtteile von Huchting bis Hemelingen zusammenkommen, um eine gemeinsame Strategie im Kampf um mehr Ruhe festzulegen. Mit der Hoffnung auf Erfolg: Schließlich gehen die Bahnlärm-Gegner von etwa 20000 Bremer Bürgern aus, die entlang der gesamten Strecke von dem zusätzlichen Lärm der Güterzüge betroffen sein werden.